

## **Kleine Anfrage**

**des Abg. Dennis Klecker AfD**

### **Aktualisierte Nachfragen zur Drucksache 17/1823 und Prozesse mit dem Anwalt Joachim Steinhöfel und seinen Mandanten**

Ich frage die Landesregierung:

1. Welche Social-Media-Auftritte werden inzwischen von der Landesregierung oder dem Landesmarketing (gemäß ihrer Antwort auf die Frage 9 der Kleine Anfrage Drucksache 17/1823) betrieben bzw. verantwortet (bitte auflisten unter Angabe des zuständigen Ministeriums)?
2. Wie viele Personen pflegen die unter Antwort 1 genannten Internetauftritte jeweils (bitte um Angabe wie viele Personen beim jeweiligen Account Veröffentlichungen vornehmen können und – falls abweichend – wie viele Personen Beiträge moderieren oder Accounts sperren können)?
3. Wie viele Personen wurden auf den unter Antwort 1 genannten Internetauftritten jeweils bis zum Tag der Beantwortung der Kleinen Anfrage gesperrt (bitte auflisten wie in Frage 1)?
4. Gibt es noch immer gesperrte Journalisten auf Internetangeboten bzw. Social-Media-Angeboten des Landes (angelehnt an die Regierungsantwort auf die Fragen 5 und 6 der Kleinen Anfrage Drucksache 17/1823; falls bejaht, bitte genauer ausführen)?
5. Welche Klagen gab es bisher (abgeschlossen oder noch laufend), in die das Land und auf der Gegenseite der medienbekannte Anwalt Joachim Steinhöfel (als Kläger oder als Vertreter der Gegenseite) verwickelt waren (bitte auflisten unter Angabe des Streitgegenstandes, des beklagten oder klagenden Organs, des von Steinhöfel vertretenen Klägers oder Beklagten)?
6. Welche Anwälte oder Anwaltskanzleien haben das Land in den unter Frage 5 aufgelisteten Prozessen jeweils vertreten und welche Kosten sind in den jeweiligen Verfahren jeweils für das Land bisher angefallen (bitte auflisten)?

27.5.2025

Klecker AfD

#### **Begründung**

Bereits seit Jahren liefern sich das Land Baden-Württemberg und der bekannte Medienanwalt Joachim Nikolaus Steinhöfel, häufig als rechtlicher Vertreter für den Publizisten und Autoren Henryk M. Broder, juristische Auseinandersetzungen. Die Kleine Anfrage soll klären, welche Kosten dadurch bereits für die Steuerzahler angefallen sind. Zudem soll die Kleine Anfrage aktualisierte Informationen zur Kleinen Anfrage 17/1823 des inzwischen aus dem Landtag ausgeschiedenen Abgeordneten Dr. Rainer Podeswa einholen.